

V-34-037

Kein EU-Geld für Autokraten - Europas Rechtsstaat schützen!



48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in: OV Uttenreuth
Beschlussdatum: 19.09.2022

Änderungsantrag zu V-34

Nach Zeile 37 einfügen:

Diese haushalspolitischen Maßnahmen alleine reichen jedoch nicht aus. Ungarn legt eine Reihe neuer Gesetze zum Umgang mit EU-Geldern vor, die die EU-Kommission positiv bewertet. Die ungarische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wird dadurch jedoch nicht wiederhergestellt. Ein Stimmrechtsentzug wäre ein zusätzliches deutliches Signal. Erst kürzlich wurde Ungarn von der EU der Demokratiestatus aberkannt. Trotzdem hat Orban weiterhin die Möglichkeit, Entscheidungen der EU durch sein Veto zu unterminieren. Allerdings ist zur Durchsetzung des Stimmrechtsentzugs die Einstimmigkeit im Europäischen Rat notwendig, deshalb muss die Zustimmung Polens zu diesem Schritt erwirkt werden. Niemals waren die Bedingungen günstiger als jetzt, da Polen sich durch den Angriffskrieg Putins bedroht fühlt. Diese Chance muss genutzt werden, es ist völlig unklar wie lange dieses Zeitfenster hält.